



Antrag

Vorlage: AT/0012/2020		Datum: 17.01.2020	
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Statistische Erfassung von Übergriffen auf städtische Mitarbeiter			
Gremienweg:			
06.02.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, dass eine anonyme Mitarbeiterbefragung bei den im Außendienst tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes durchgeführt wird, um festzustellen, ob es in der Vergangenheit auch im Koblenzer Stadtgebiet vermehrt zu Beleidigungen oder körperlichen Angriffen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes gekommen ist. Das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung soll den Mitgliedern des Stadtrates zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Ab sofort müssen sämtliche Angriffe auf städtische Mitarbeiter dokumentiert werden.

Begründung:

Bundesweit ist seit Jahren ein besorgniserregender Anstieg an Gewalt gegen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu verzeichnen. Die Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion „Gewaltkriminalität in Koblenz“ (AF/0099/2019) hat ergeben, dass Beleidigungen und Angriffe auf städtische Mitarbeiter seitens der Stadtverwaltung nicht erfasst werden. Es werde lediglich eine stadtinterne Unfallstatistik geführt (AW/0115/2019).

Es muss jedoch festgestellt werden, wie sich die Situation vor Ort darstellt und ob die bereits vorhandenen Schutzmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes ausreichend sind. Auch die Koblenzer Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie es um die Sicherheit in ihrer Stadt bestellt ist.

Finanzierung: Nicht erforderlich, da auf das bereits vorhandene Material und Personal der Stadtverwaltung zurückgegriffen werden kann.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -